

Checkpoint bpb – die Montagsgespräche: Gegenwind? Deutschland auf dem Weg zur Energiewende

Der Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 ist beschlossen, die "deutsche Energiewende" stellt Politik, Wirtschaft und Bürger jedoch vor große Herausforderungen. Konventionelle Energieversorger leisten Widerstand, angesichts von Windrädern, Überlandleitungen oder gewaltigen Pumpspeichern laufen Bürger vielerorts Sturm. Die gesellschaftliche und politische Zustimmung zum Atomausstieg nach der Katastrophe von Fukushima erhält Gegenwind. Kritische Umweltschützer fragen beispielsweise, ob sich Vogelschutz und Windkrafttrader "vertragen". Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz steht ein zentraler Baustein des sog. Jahrhundertprojektes schwer in der Kritik. Was kostet die Energiewende ökonomisch und ökologisch? Warum steigt mit der Produktivität der erneuerbaren Energien derzeit auch der Strompreis? Wer liefert Strom, wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint? Wie hängen Energiewende und Kohle-Boom zusammen? Und welche Rolle spielen die Bürger beim Umbau unserer zentralen Infrastruktur, der Energieversorgung?

Wie immer wurde unser Publikum interaktiv mit in den Diskurs einbezogen.

Der Abend lud ein zu einer Bestandsaufnahme: Wie weit sind wir auf dem Weg zu sauberem, bezahlbarem Strom für alle? Sind die bisher umgesetzten und geplanten Maßnahmen geeignet, auch zukünftig Versorgungssicherheit zu garantieren?

Unsere Gäste an diesem Abend waren **Dr. Patrick Graichen**, Direktor Agora Energiewende, die Sozialwissenschaftlerin **Ina Richter**, Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. und **Dr. Jörg Rothermel**, Bereichsleiter Energie, Klimaschutz und Rohstoffe des Verbandes der Chemischen Industrie e.V.

Moderation: **Dunja Funke**, Moderatorin und Dramaturgin

Fotostrecke und Dokumente des Abends können herunter geladen werden.

Termin

13.04.2015, von 19:00 bis 21:00

Ort

Bundeszentrale für politische Bildung
Friedrichstraße 50
10117 Berlin
4. Stock, Veranstaltungssaal

Publikum

Gesellschafts- sowie energie- und umweltpolitisch Interessierte